

GRUENE-OHV.DE

Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen Oberhavel

Mitmachen beim Weltverbessern



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**





Kapitel 1:

Umwelt- und Klimaschutz

Grüne Wiesen, wogende Getreidefelder, ausgedehnte Wälder und dazwischen Seen – so schön erscheint Oberhavel in den Beschreibungen des Landkreises. Bei genauerem Hinsehen müssen wir jedoch konstatieren: Auf der Wiese blüht höchstens noch der Löwenzahn, im Getreide sind Beikräuter weggespritzt, der Wald besteht mehrheitlich aus Kiefern in Reinkultur, im See blühen Algen und an das frühsommerliche Konzert von Fröschen und Kröten können wir uns kaum noch erinnern. All das zeigt die intensive Durchnutzung unserer Kulturlandschaft, einer Landschaft, die trotz des schönen Anscheins doch längst aus dem Gleichgewicht geraten ist. Hinzu kommen die Folgen des Klimawandels, wie anhaltende Trockenheit, Sandstürme oder aber Starkregenereignisse. Umwelt- und Klimaschutz sind damit die aktuell drängendsten Aufgaben, die es zum Erhalt unserer Lebensgrundlage zu lösen gilt. Um das Artensterben und den Klimawandel wenigstens abzumildern, ist unser aller Handeln nötig und zwar jetzt!

Untere Naturschutzbehörde stärken

Seit Ende der 1990er Jahre wurde der Umweltschutz auf Kreisebene systematisch geschwächt und ist heute nur noch ein untergeordneter Teil im Fachdienst Landwirtschaft. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen die untere Naturschutzbehörde als ausführende Behörde wieder in die Lage versetzen, ihrer Kontroll- und Gestaltungsfunktion nachzukommen. Dazu ist sie aus dem Fachdienst Landwirtschaft und Naturschutz als ein eigenständiges Ressort auszugliedern und personell wesentlich zu stärken.

Das Lebensmittel Wasser schützen und schonen

Der Hitzesommer 2018 ebenso wie die Starkregenereignisse 2017 sind Vorboten des Klimawandels. Es wird weniger Niederschläge geben - auch in Oberhavel. Daher muss dem Vorhalten von Wasserreserven für die Sommerzeit und dem generell sorgsameren Umgang mit Wasser viel mehr Beachtung geschenkt werden. Die untere Wasserbehörde in OHV ist diejenige im Land mit dem höchsten Antragsvolumen pro Mitarbeiter. Hier ist dringend Abhilfe zu schaffen durch Neueinstellungen und eine Qualifizierungsoffensive, um den geänderten Rahmenbedingungen und Aufgaben gerecht zu werden. Der Berücksichtigung des Wassersparens ist in der Genehmigungspraxis des Landkreises hohe Priorität einzuräumen.

Stabsstelle Klimaschutz einführen

Wir fordern zudem die Einrichtung einer Stabsstelle Klimaschutz beim Landrat. Diese soll sowohl beratende als auch eine Prüffunktion bezüglich der Verträglichkeit von Investitionsvorhaben mit Umwelt- und Klimaschutzbelangen übernehmen. Zudem halten wir es für zwingend erforderlich, dass hier unter Einbeziehung der Kommunen ein Klimaschutzkonzept sowie eine Strategie zur Anpassung an den Klimawandel im Landkreis erstellt und deren Umsetzung aktiv vorangebracht werden. Für eine nötige fachliche und politische Verankerung streben wir eine Mitgliedschaft des Landkreises Oberhavel im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ an. Eine Inanspruchnahme kreiseigener Waldflächen für Windenergie im Bereich der Schleuener Heide lehnen wir ab.

Umwelt- und Klimaschutz in Oberhavel konsequent umsetzen

Der Landkreis Oberhavel muss in seinem täglichen Handeln Umwelt- und Klimaschutz endlich konsequent umsetzen. Konkret fordern wir die Umstellung der Bewirtschaftung kreiseigener Waldflächen mit den Zielen Waldumbau und Nachhaltigkeit sowie die Einführung einer geeigneten Zertifizierung. Außerdem wollen wir die energetische Sanierung kreiseigener Liegenschaften auf ein Energieeffizienzniveau von min. KfW 55 voranbringen sowie das Vergaberecht so nutzen, dass die Beschaffung beispielsweise von Verbrauchsmaterialien und Energie nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten erfolgt.

Bürgerschaftliches Engagement fördern

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen bürgerschaftliches Engagement im Naturschutzbeirat und den Umwelt- und Naturschutz- sowie den Landschaftspflegeverbänden wieder stärken, indem deren Expertise in Entscheidungsprozessen nicht nur entsprechend den gesetzlichen Regelungen, sondern in allen umweltrelevanten Entscheidungsprozessen angefragt und deren Rolle als Anwält*innen von Natur und Umwelt stärker gewichtet wird.

Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:

- Die Stärkung der unteren Naturschutzbehörde sowie der unteren Wasserbehörde
- Die Einrichtung einer Stabsstelle "Klimaschutz"
- Die Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes und einer Strategie zur Anpassung an den Klimawandel
- Die Umstellung der Bewirtschaftung kreiseigener Waldflächen mit dem Ziel Waldumbau und Nachhaltigkeit
- Die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements im Naturschutzbeirat und den Naturschutz- und Landschaftspflegeverbänden



Kapitel 2:

Integratives soziales Oberhavel

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Oberhavel setzen sich für ein gerechtes und sozial geprägtes Zusammenleben aller Menschen in Oberhavel ein. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Oberhavel, egal welchen Geschlechts, welchen Alters, welcher Herkunft oder welchem gesellschaftlichen Status angehörig, mitgenommen fühlen. Wir wollen daher die Voraussetzungen und die Strukturen für eine gleichberechtigte Teilhabe Aller an und in unserer Gesellschaft schaffen und stärken. Dazu wollen wir in der Kreisverwaltung eine eigene Personalstelle schaffen, die für diese neue Integrationskultur verantwortlich ist, die Angebote koordiniert und gezielt aufkommende Probleme löst. Zudem sollten in Stellenausschreibungen Hinweise für das Interesse an Fachkräften mit Migrationshintergrund plaziert und verstärkt unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung beim Landkreis geworben werden.

Armut verhindern und die Folgen bereits entstandener Armut bekämpfen

Angebote wie Schuldnerberatung, Suchtprävention oder Frauennotwohnungen wollen wir so finanzieren, dass drohender Armut und deren Folgen in unserem Landkreis zukünftig noch besser begegnet werden kann. Um das zu bewerten und in der Gesellschaft breit diskutieren zu können, wie wir die Steuermittel hierfür am besten einsetzen, fordern wir einen regelmäßig von der Kreisverwaltung zu erstellenden Armutsbericht für den Landkreis Oberhavel, sowie die regelmäßige Evaluation bereits bestehender Fördermaßnahmen.

Integration aller Bevölkerungsgruppen verbessern

Integrative Bildung ist uns wichtig. Die baulichen und personellen Voraussetzungen wollen wir in allen Kindertagesstätten und Schulen deutlich verbessern.

Zur Integration gehört für uns auch die barrierefreie Erreichbarkeit öffentlicher Angebote, von Kultur oder der medizinischen Grundversorgung für alle. Sei es via Internet oder ohne Auto, mit Fahrrad oder dem öffentlichen Personennahverkehr, im Bedarfsfalle auch durch aufsuchende Dienste. Die entsprechende Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur wollen wir daher für alle Menschen in Oberhavel verbessern.

Den Runden Tisch des Landkreises mit den Willkommensinitiativen wollen wir aus der Hand des zuständigen Dezernenten in die Hand eines neutralen Moderators legen.

Die Migrationssozialarbeit im Landkreis muss unabhängig von der Kreisverwaltung, die auch für Abschiebungen verantwortlich ist, erfolgen. Dazu soll eine neue Ausschreibung dieser Leistung erfolgen.

Die Gebühren zur Nutzung der Gemeinschaftsunterkünfte Geflüchteter halten wir für unangemessen. Wir wollen diese Nutzungsgebühren senken. Ebenso wollen wir die Angebote für Familien mit kleinen Kindern in den Gemeinschaftsunterkünften verbessern.

Behinderten- und Altenhilfeplanung für ein selbstbestimmtes Leben

Den Älteren in unserem Landkreis wollen wir die Chance geben, sich rege am öffentlichen Geschehen zu beteiligen und lange selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu leben. Hierzu braucht es altengerechten und den Renten angepassten, bezahlbaren Wohnraum. Ein barrierefreies Umfeld ist für die Senior*innen ebenso wichtig wie für Menschen mit Behinderungen oder auch Eltern mit Kinderwagen. Wir werden uns für die Erstellung eines Altenhilfeplanes einsetzen und die Verbesserung der sozialpädagogischen Betreuung der Senior*innen prüfen.

Würdevolle Unterstützung von Menschen ohne Arbeit

Menschen ohne Arbeit haben ganz unterschiedlichen Unterstützungsbedarf. Diesem muss insbesondere in den Jobcentern individuell und auf Augenhöhe begegnet werden. Wir fordern daher den Ausbau der psychosozialen Betreuung im Jobcenter Oberhavel mit dem Ziel der Eingliederung in das Erwerbsleben. Auch der Bedarf besonderer Leistungen ist häufig individuell und muss im Einzelfall berücksichtigt werden. Deswegen fordern wir die Erhöhung des Budgets für besondere Leistungen und mehr Spielraum für Einzelfallentscheidungen durch die Mitarbeiter*innen im Jobcenter Oberhavel. So kann im Einzelfall z.B. die Erstausrüstung für eine Wohnung finanziert werden, besondere Bekleidung in der Schwangerschaft oder eine notwendige Brille.

Insbesondere für langzeitarbeitslose Menschen ist die Integration in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt häufig schwierig. Daher fordern wir die Bereitstellung von geförderter Arbeit in der Verwaltung speziell für Langzeitarbeitslose im Bereich des Sozialen Arbeitsmarkts.

Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:

- Die Schaffung einer eigenen Stelle für eine*n Integrationsbeauftragte* im Landkreis sowie einer weiteren Sozialarbeiterstelle
- Ein gerechtes und sozial geprägtes Zusammenleben ALLER in Oberhavel
- Eine Migrationssozialarbeit unabhängig vom Landkreis
- Schaffung von preiswertem Wohnraum
- Eine faire Gebührensatzung für Gemeinschaftsunterkünfte
- Eine würdevollere Unterstützung von Menschen ohne Arbeit im Jobcenter Oberhavel und die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichtes
- Die Schaffung eines möglichst barrierefreien Umfeldes
- Den Ausbau von Angeboten wie Schuldnerberatung, Suchtprävention oder Frauennotwohnungen zur Verhinderung von Armut und Verringerung von deren Folgen



Kapitel 3: Verkehr

Oberhavel braucht eine Verkehrswende

Regionalzüge unpünktlich, Busverkehr lückenhaft, Radfahren lebensgefährlich: Will Oberhavel nicht im Autoverkehr ersticken, brauchen wir ein klares Umsteuern hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln. Das ist bei der Kreisverwaltung und der in Oberhavel regierenden GroKo nicht zu erkennen.

S-Bahn und Regionalverkehr – Hoher Investitionsbedarf

Die in der Verantwortung des Landes stehenden schienengebundenen Verkehrsmittel bilden das Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs. Leider werden seitens des Landes keine ausreichenden Kapazitäten bereitgestellt, denn während in den vergangenen 10 Jahren die Fahrgastzahlen brandenburgweit um 60% gestiegen sind, wurde im gleichen Zeitraum die Zahl der bestellten Zug-Kilometer deutlich reduziert. Die Folgen lassen sich nun im Berufsverkehr „hautnah“ wahrnehmen. Die Züge sind überfüllt und fahren zu selten.

Für den Regionalverkehr fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Landesebene u.a einen mindestens einstündigen Takt an Wochentagen zwischen 5 und 22 Uhr und eine weitere Verbindung um Mitternacht.

Auf der Kremmener Bahn schließen sich für uns ein Wiederaufbau der S-Bahn bis Velten und eine Durchbindung des Prignitz-Expresses in die Berliner Innenstadt nicht aus, beide Maßnahmen müssen umgesetzt werden. Die Nutzer*innen im Speckgürtel und in berlinferneren Regionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die S-Bahn sollte grundsätzlich auf einen 10-Minuten-Takt ausgebaut werden. Dafür müssen die Fahrradabstellkapazitäten an den S-Bahnhöfen deutlich erhöht werden. Für die Heidekrautbahn unterstützen wir nicht nur die Wiederaufnahme des Betriebs auf der Stammstrecke bis Gesundbrunnen, sondern fordern mittelfristig auch, dass wieder bis nach Liebenwalde gefahren wird.

Busverkehr – Aufgabe des Landkreises

Der Busverkehr, bei dem der Landkreis Oberhavel die Verantwortung trägt, ist heute völlig unzureichend und wird dem Anspruch einer zukunftsfähigen Mobilität nicht gerecht. Er stellt lediglich ein Minimalangebot dar und bildet in weiten Bereichen lediglich den Schüler*innenverkehr ab. Hier braucht es eine deutliche Angebotsausweitung, damit alle Zielgruppen ein passendes Angebot für Mobilität erhalten.

Arbeitnehmer*innen können den Busverkehr heute oft nicht nutzen, weil in dem Fahrplanangebot passende Fahrten ausfallen oder die Bedienung der Orte bzw. Ortsteile so früh endet, dass nach der Arbeit oder nach anderen Aktivitäten keine Verbindung mehr besteht. Für Jugendliche ist das mangelnde Verkehrsangebot heute eines der größten Probleme in ihrem Alltagsleben.

Dabei bestehen die Defizite gleichermaßen im Speckgürtel und in berlinferneren Regionen. In schwächer besiedelten Gebieten wollen wir „OnDemand“-Systeme erproben, die alternativ oder zusätzlich zu den starren Linien individuelle Fahrtwünsche erfüllen. Nach einer Anmeldung bspw. über ein Smartphone plant ein Algorithmus hier eine maßgeschneiderte Fahrtroute aus den Fahrtwünschen vieler Nutzer*innen. Andere sind hier deutlich weiter: Im Westharz wird das dort „EcoBus“ genannte System bereits erprobt.

Ein attraktives Verkehrsangebot muss auch überregional festgelegten Qualitätskriterien genügen, insofern ist für uns nicht nachvollziehbar, dass sich Oberhavel als einer von wenigen Landkreisen der landesweiten Initiative von Plus-Bus-Linien verweigert. Auch war Oberhavel bislang nicht bereit, attraktive landkreisübergreifende Linien z.B. in den Barnim einzurichten. Diese Verweigerungshaltung wollen wir aufbrechen. Die Lebenswirklichkeit der Menschen endet nicht an Kreisgrenzen.

Für ein gutes Verkehrsnetz bedarf es einer guten, fachgerechten Planung. Die bestehende Praxis, der OVG ein feststehendes Budget vorzugeben und dadurch die Möglichkeiten und Grenzen des ÖPNV festzulegen, kritisieren wir scharf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Planung, die sich an den Bedürfnissen der potenziellen Fahrgäste orientiert. Sie muss als partizipativer Prozess durchgeführt werden, der Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik mit einbezieht und auf eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr abzielt, wie es der Vorgabe des ÖPNV-Gesetzes des Landes Brandenburg entspricht. Die Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Menschen müssen dabei immer mitgedacht werden, auch beim Verkehrsmittelwechsel. Letztendlich müssen alternative Planungsszenarien entwickelt werden, über die der Kreistag abschließend entscheidet.

Eine direkte Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung des Busverkehrs lehnen wir ab. Gesetzlich wird die Verantwortung für den ÖPNV bewusst den Landkreisen zugewiesen. Wir Grüne wollen keine Entsolidarisierung in dem Sinne, dass „reiche“ Gemeinden sich ausreichenden Busverkehr leisten können, während „ärmere“ mit einem Minimalangebot abgespist werden.

Überregionale Busse des ÖPNV im Landkreis müssen mit Möglichkeiten zur Fahrradmitnahme ausgestattet werden.

Radverkehr – Potenziale nicht genutzt

Der Fahrradverkehr hat Potenzial nicht nur im touristischen Bereich, sondern insbesondere auch im Alltagsverkehr zur Arbeit, zur Schule, zum Verein oder in der Freizeit. Für Touristen ist der Europa-Radweg Berlin-Kopenhagen, der durch unseren Landkreis führt, ein voller Erfolg, der auch Wirtschaftsleistung in unseren Landkreis bringt. Der Umstieg vom Auto aufs Rad muss in Oberhavel attraktiver werden. Der Alltags-Radverkehr in Oberhavel wurde bisher stark vernachlässigt. Wir halten auch in der kommenden Wahlperiode unsere Forderung zur Erstellung eines kreisweiten Fahrradkonzeptes aufrecht.

Der Trend ist ein anderer – trotz aller Defizite. Auch für längere Strecken im Alltag kommt das Fahrrad immer stärker zum Einsatz, nicht zuletzt, weil die Nutzung von E-Bikes kontinuierlich ansteigt. Wir brauchen deshalb überregionale Radschnellwege, die Dörfer und Städte verbinden. Auf Basis eines mit nachvollziehbaren Prioritäten versehenen Konzeptes wollen wir den Bau auch von überregionalen Radverkehrsverbindungen durch den Landkreis vorantreiben. Ampelregelungen an Kreuzungen sollen Radfahrer nicht länger benachteiligen, wie bislang durch die Verkehrsverwaltung praktiziert, sondern dem motorisierten Individualverkehr gleichstellen.

Die Instandhaltung von Radwegen durch Beseitigung von Bodenwellen, Wurzelauferworfungen, Frostschäden usw. muss endlich zur Regel werden, so wie es für Straßen schon lange selbstverständlich ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen Initiativen zur verstärkten Nutzung von Lastenrädern, so beteiligen wir uns beispielsweise in Oranienburg an der Finanzierung des Lastenrades „Jette“, das von jedermann kostenlos ausgeliehen werden kann (<https://flotte-berlin.de/cb-items/jette>).

Vision Zero - JedeR Verkehrstote ist eineR zuviel

Noch immer sterben in Oberhavel viele Menschen bei Verkehrsunfällen. Besonders gefährdet sind dabei Rad Fahrende und zu Fuß Gehende. Aus unserer Sicht muss das Ziel lauten, dass es gar keine Todesopfer mehr gibt.

Für Rad Fahrende sind rechts abbiegende Lkws die gefährlichsten Situationen. Sie geraten hier leicht in den toten Winkel und werden beim Abbiegen übersehen, und das auch in Oberhavel oft mit tödlichen Folgen. Daher wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Fuhrpark des Landkreises und seiner Unternehmen elektronische Abbiegeassistenten verbindlich einführen. Auch befürworten wir Modellversuche mit ortsfesten Warnanlagen, wie etwa Trixi-Spiegel oder elektronische Systeme.

Ferner dringen wir darauf, dass die Radverkehrsanlagen nach den neuesten Sicherheitsstandards gebaut werden. Bislang hat sich die Kreisverwaltung noch geweigert, den von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen herausgegebenen „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (ERA 2010) zu folgen. Die Folge sind auch bei Neuanlagen teilweise gefährliche Verkehrsführungen. Bestandsanlagen sind sukzessive an den Sicherheitsstandard anzupassen. Farbliche Markierungen auf der Fahrbahn für Fahrradfurten (Fahrradschutzstreifen) sollen zur Regel werden, um die Aufmerksamkeit des motorisierten Verkehrs zu verbessern.

Besonders gefährdet sind Kinder. Deren Wahrnehmungen und Erfahrungen unterscheiden sich schon vom Blickwinkel her von denen der Erwachsenen. Wir fordern daher, dass der Landkreis im Rahmen des Alfred-Hundrieser-Preises zu einer Aktion aufruft, in welcher Schülerinnen und Schüler nach dem Vorbild von Hohen Neuendorf an kreiseigenen und privaten Schulen ihren Schulweg beschreiben, Gefahrenpunkte bewerten und Alternativen vorschlagen, die dann von der Verwaltung zu prüfen sind.

Straßen erhalten statt neu bauen

Das Land Brandenburg will wenig befahrene Landesstraßen an die Landkreise abgeben. Auch in Oberhavel. Diese sollen vorher in Zusammenarbeit mit dem Kreis instand gesetzt werden. Dem wollen wir Rechnung tragen, wobei wir nachvollziehbare Prioritäten fordern und überzogene Ausbaustandards ablehnen. Neu- oder Ausbau von Straßen mit dem Ziel einer Kapazitätserweiterung lehnen wir ab, hier wollen wir nach kostengünstigen und umweltverträglichen Lösungen suchen. Insbesondere wollen wir keinen weiteren Flächenfraß oder die Zerschneidung von unzerschnittenen Flächen, wie Naturparks oder anderer geschützter Flächen, wie bei der geplanten Schneise für die Ortsumfahrung der B96 um Fürstenberg/Havel. Hier unterstützen wir eine ortsnahe Variante der geplanten Umgehungsstraße.

Die vom Landkreis geplante Übernahme von Landesstraßen werden wir kritisch begleiten. Umfang und Qualität der in diesem Zusammenhang vorgesehenen Investitionen müssen geprüft werden und nachvollziehbar sein.

Den Verkehr in den Innenstädten wollen wir beruhigen, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern und so die Geschäftsentwicklung zu fördern. Wir wollen die Spielräume für verkehrsrechtliche Anordnungen ausschöpfen, um Wohngebiete weitgehend vor Durchgangsverkehr zu schützen.

Wir wollen fossil betriebene Fahrzeuge ersetzen und die Elektromobilität fördern, um den ökologischen Fußabdruck der Verkehrsteilnehmer*innen zu verbessern. Die Kreisverwaltung muss hier Vorreiterin werden und ihre Fahrzeugflotte auf Elektroantrieb umstellen. Wir unterstützen die Nutzung von Erdgas- (CNG) und Hybridfahrzeugen als Brückentechnologie. Wir setzen uns für den Ausbau des Netzes von solar versorgten Elektro-Ladepunkten und Erdgastankstellen ein. In diesem Zuge soll insbesondere bei kreiseigenen Wohn- und anderen Gebäuden und Liegenschaften Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge vorgehalten werden. Für die verstärkte Nutzung von Carsharing wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern.

Verkehrschao in OHV vermeiden – ÖPNV stärken um Anwohner*innen und Umwelt zu entlasten!

Um ein Verkehrschao bei geplanten Baumaßnahmen wie z.B. den Ausbau der A10 bei Birkenwerder zu vermeiden, muss frühzeitig ein Konzept zur Aufrechterhaltung des Verkehrsflusses während der Bauzeit erstellt werden. Dabei genießt die Aufrechterhaltung des ÖPNV höchste Priorität.

Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:

- Einen deutlichen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowohl im Speckgürtel als auch in schwächer besiedelten Regionen
- Die Entwicklung von überregionalen Radschnellwegen, die Städte und Dörfer verbinden
- Die Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere für Rad Fahrende mit dem Ziel, dass es zukünftig keine Todesopfer mehr gibt
- Den Stopp des Flächenfraßes und des Zerschneidens von bisher unberührten Naturflächen für Verkehrsinfrastruktur



Kapitel 4:

Für eine nachhaltige Landwirtschaft

Etwa 80% der Fläche des Landkreises Oberhavel ist durch land- bzw. forstwirtschaftliche Nutzung geprägt. Landwirtschaftliche Betriebe sind somit wichtige Akteure in der Entwicklung unserer Dörfer und kleineren Kommunen. Dabei ist Landwirtschaft nicht nur auf die Erzeugung von Urprodukten, wie Getreide, Obst oder Fleisch beschränkt, sondern die Summe eines Wertschöpfungsprozesses vom Landmaschinenservice bis zum Lebensmittelhandel, der Kantinenküche oder dem Energieversorger.

Landwirtschaft ganzheitlich gestalten

In der aktuellen Förderpolitik wird Landwirtschaft als Produzent für einen anonymen Weltmarkt behandelt. Nur wenn diese Ausrichtung sich ändert, kann eine regionale Wertschöpfungskette entstehen und wachsen, Landwirtschaft und damit auch die Agrarlandschaft eine nachhaltige Veränderung erfahren.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegt dabei die Perspektive in einer vielfältig strukturierten, kleinräumigen Agrarlandschaft, Betrieben mit Kreislaufwirtschaft und im besten Falle ökologischem Landbau. Wir setzen uns für eine moderne und zugleich gesellschaftlich geschätzte Landwirtschaft in der Region ein, die nach agrarökologischen Grundsätzen wirtschaftet. Grundsätzlich fordern wir den Ausschluss des Einsatzes von Gentechnik, ob auf dem Acker oder im Trog, und machen uns für Alternativen zum Einsatz von Totalherbiziden stark. Für Projekte zum Anbau von Spargel unter Folie in Vogelschutzgebieten werden wir die Einhaltung des EU-Rechts durch die Kreisverwaltung einfordern.

Erzeugung regionaler Produkte stärken – im Dialog mit den Landwirt*innen

Bäuerinnen und Bauern, Angestellte und Betriebsleiter*innen müssen für ihre Leistungen im ländlichen Raum und den Erhalt unserer Kulturlandschaft wieder eine stärkere Wertschätzung erfahren. Dafür wollen wir den Dialog zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft im Kreis stärken und treten für die Erstellung eines Kreiskonzeptes zur Perspektive der Landwirtschaft in Oberhavel ein. Ein Ausgangspunkt ist dabei das Marktpotential regionaler Produkte für den Nahrungsmittelmarkt in der Metropolregion Berlin/Brandenburg. Dieses soll offensiv vermittelt und die Umstellung von Betrieben auf Anbau, Verarbeitung und Direktvermarktung regionaler Nahrungsmittel unterstützt und begleitet werden. Die kreiseigene Wirtschaftsförderung ist hierfür zu sensibilisieren und um den Schwerpunkt der Förderung von Verarbeitungsbetrieben landwirtschaftlicher Produkte zu ergänzen.

Landwirtschaftliche Bildung erweitern

Das Bildungsangebot der Landwirtschaftsschule Oberhavel ist derzeit stark auf Betriebsweisen der konventionellen Landwirtschaft ausgerichtet. Um zukunftsfähig zu bleiben, ist es um agrarökologische Methoden, Techniken des ökologischen Landbaus, die Vermittlung von betrieblichen Umstellungsszenarien und nicht zuletzt den notwendigen Anpassungen an die Erderhitzung zu erweitern. Insgesamt muss die Ausbildung in landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Berufen gestärkt und teilweise wieder aufgebaut werden. Mit dem Ziel, mehr junge Menschen für diese Berufe zu begeistern, setzen wir uns für eine Förderung von Auszubildenden ein.

Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:

- Eine Landwirtschaft nach agrarökologischen Grundsätzen
- Den Ausschluss des Einsatzes von Gentechnik
- Ein Kreiskonzept zur Perspektive der Landwirtschaft in OHV
- Die Stärkung der Erzeugung regionaler Produkte und deren Vermarktung
- Die zukunftsfähige Erweiterung des Bildungsangebots der Landwirtschaftsschule
- Die Stärkung der Ausbildung in landwirtschaftlichen Berufen und die Förderung von Auszubildenden



Kapitel 5:

Unsere Politik für Kinder, Jugendliche und Familien

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen. In keinem anderen Industrieland ist die Chance auf Teilhabe und Bildung so stark von der Herkunft abhängig wie in Deutschland. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein, dass die soziale Herkunft eines Kindes nicht mehr über seine Bildungschancen entscheidet. Wir wollen unsere Schullandschaft stärken und für beste Startbedingungen für alle sorgen. Dabei denken wir vernetzt und planen weitsichtig in allen Bereichen: von den „Frühen Hilfen“, über die vorschulische Bildung, unsere Schulen sowie den außerschulischen Bildungs- und Freizeitbereich. Unser langfristiges Ziel sind Kitas und Schulen für alle, die alle Begabungen, Kulturen und Lebensformen akzeptieren und die individuelle Förderung jedes Kindes und jedes Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen.

Bestmögliche Voraussetzungen für unsere Kleinsten schaffen

Auf den Anfang kommt es an. Hier lohnt jede Investition in gute familiäre und soziale Rahmenbedingungen unserer Kinder. Schon werdende Eltern brauchen gute Beratungsangebote und die Gewissheit, im Bedarfsfall schnell und unbürokratisch medizinische, psychologische und soziale/sozialpädagogische Hilfen zu erhalten. Für die Erzieher*innen wollen wir zeitgemäße fachliche Weiterbildungen und Personalentwicklungsmöglichkeiten anbieten. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns außerdem dafür ein, das erfolgreiche Modell der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) weiter fortzuführen und die Ausbildungsstellen zahlenmäßig auszubauen.

Mobilität für Kinder und Jugendliche verbessern

Der Landkreis subventioniert die Schüler*innenfahrkarten in Oberhavel und das ist gut so. Wir wollen das aber auch für Schüler*innen und Schüler, die Schulen außerhalb des Landkreises besuchen, zumindest für die Fahrten innerhalb des Landkreises. Durch die Schüler*innenfahrkarten werden jetzt auch nur die Fahrten bis zur Schule und zurück abgedeckt. Gerade Jugendliche in ländlichen Regionen haben aber andere Mobilitätsbedürfnisse. Wir wollen daher für alle Schüler*innen und Schüler ein kostengünstiges Oberhavelticket einführen.

Die Fahrten zwischen Schule und Wohnung sollen möglichst nicht länger als 45 Minuten dauern. Das Busangebot soll daher so verbessert werden, dass diese Zeiten in der Regel für alle auch eingehalten werden können.

Kitavertrag: Oberhavel steht als Landkreis in der Pflicht!

Die Qualität der Kindertagesbetreuung und die Bereitstellung geeigneter Kinderbetreuungsangebote in allen Teilen des Landkreises liegt in der Verantwortung des Kreises. Der Landkreis hat durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag die allermeisten Aufgaben auf seine Städte und Gemeinden übertragen. Die Novellierung des Vertrages möchten wir nutzen, um eine Neuausrichtung und Neugestaltung u.a. in der Kitabedarfsplanung im Landkreis zu erreichen. Wir wollen kein "weiter so", sondern eine Planung, die die Anspruchsberechtigten (Kinder und Jugendliche) sowie deren Eltern (Personensorgeberechtigten) einbezieht und auch die qualitativen Aspekte in den Vordergrund rückt. Fragen, welche speziellen Angebote wo vorgehalten werden müssten (z.B. Inklusion, Einzelfallhelfer*innen, Beratung zur Beantragung von Fördermaßnahmen der Anspruchsberechtigten, Elternberatung etc.), welche Weiterbildungen benötigt werden oder wie die Kommunikation zwischen Trägern, Eltern und Kommune verbessert werden kann, sind hier zu nennen. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Verwaltungen mit einem Kreiskitaelternbeirat gehört für uns ganz selbstverständlich dazu. Die Beteiligung von Initiativen und Eltern ist generell auf Landkreisebene zu verbessern und muss gezielt gefördert werden. Zur Zeit ist die Bezahlung der Tageseltern innerhalb von Oberhavel sehr unterschiedlich. Eine qualitative Betreuung sollte allerdings auch fair bezahlt werden. Wir setzen uns daher für eine Harmonisierung der Bezahlung aller Tageseltern ein.

Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten

Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern zu ermöglichen, muss dringend weiter in den Krippen-, Kita- und Hortbereich investiert werden.

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen kreisweit für ausreichend Betreuungsplätze und verlängerte Öffnungszeiten in Krippen und im Kita- Bereich sorgen. Die kindliche Bildung soll aus den Augen und Bedürfnissen der Kinder heraus gestaltet werden. Dementsprechend muss für gute räumliche, fachliche und personelle Ausstattung gesorgt werden. In Schwerpunkteinrichtungen mit hohen sozialstrukturellen Belastungen wollen wir zusätzliche fachliche und personelle Angebote ermöglichen. Damit sollen unterschiedliche Startchancen von Kindern so früh wie möglich angegangen und ausgeglichen werden.

Für eine wirksame Jugendhilfe

Die Jugendhilfeplanung im Landkreis ist das zentrale Steuerungsinstrument kommunaler Kinder- und Jugendhilfearbeit. Sie wird deshalb auch zu Recht als Schwerpunkt der Tätigkeit des Jugendhilfeausschusses (JHA) genannt. Jedoch nicht in Oberhavel. Eine wirkliche Jugendhilfeplanung unter Einbeziehung nicht nur des JHA und der Kreisverwaltung, sondern auch der Betroffenen hat seit Jahren nicht mehr stattgefunden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass im JHA ein fachpolitischer Diskurs geführt, sowie Maßstäbe und Kriterien für den landkreiseigenen Bedarf festgelegt und eigenverantwortliche (Planungs-)Entscheidungen getroffen, die dann von der Verwaltung umgesetzt werden. Bei den folgenden aktuellen Problemen sehen wir einen vorrangigen Handlungsbedarf. So sind die Wartezeiten bei dringenden Problemlagen im Jugendamt deutlich zu lang. Der Personalschlüssel im Jugendamt muss entsprechend aufgestockt werden.

Desweiteren fehlen in Oberhavel Freie Träger zur Umsetzung nötiger Hilfen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bedingungen unter denen Freie Träger der sozialen Arbeit tätig werden können, wie bspw. die Vergütung der Fachleistungsstunden, deutlich verbessert werden. Eine Kooperation zwischen dem Jugendamt und den Freien Trägern muß auf Augenhöhe stattfinden, um passgenaue Angebote im Sinne der Kinder und Jugendlichen zu gestalten.

Ebenfalls bedarf es einer engen Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe als Voraussetzung dafür, dass Jugendliche in ihrer Lebenswelt erreicht werden und niedrigschwellige Hilfsangebote bekommen.

Im Landkreis Oberhavel werden Hilfen, die vorrangig einer Prävention dienen, wie Soziale Gruppenarbeit, nicht angeboten, obwohl diese in den gesetzlichen Bestimmungen zur Ausgestaltung der Sozialarbeit vorgesehen sind. Diese und andere präventive Angebote sind in die Förderung aufzunehmen. Dazu zählt auch die Jugendberufshilfe, als Angebot für 14- bis 16jährige Schüler*innen, die in der Regelschule überfordert sind und dort nicht beschult werden können.

Außerdem ist durch den Zuzug geflüchteter Familien und unbegleiteter Jugendlicher ein weiteres Aufgabenfeld in der Jugendhilfe hinzugekommen. Hier gilt es, diesen zusätzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Vor Allem in den Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete fehlt es an gezielter Ansprache, Förderung und Begleitung von Familien. Das wollen wir ändern.

Jugendeinrichtungen müssen außerdem auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung vorbereitet und hierbei auch personell unterstützt werden.

Sozialpädagogische Arbeit in den Schulen

Schulsozialarbeit wird derzeit vom Kreis an den Oberschulen, Förderschule und Oberstufenzentren angeboten. Schulsozialarbeit an den Grundschulen werden hingegen ausschließlich von den Kommunen getragen. Diese Arbeit ist an allen Schulen, ganz besonders an Grundschulen, notwendig und soll daher auch vom Kreis finanziert werden.

Insbesondere sind spezielle sozialpädagogische Angebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche nötig. Aktuell gibt es diese Angebote EU-finanziert an vier Schulen im Landkreis. Wir wollen dafür sorgen, dass mindestens diese bestehenden Schulprojekte in Oranienburg, Sachsenhausen, Velten und Zehdenick nach Ablauf der Förderperiode weiter finanziert und darüber hinaus weitere solcher Angebote geschaffen werden.

Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:

- Den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten
- Eine wirksame Jugendhilfeplanung unter Einbeziehung der Betroffenen
- Eine bessere Finanzierung der sozialpädagogischen Arbeit, insbesondere an Grundschulen
- Die Neuausrichtung der Kitabedarfsplanung im Rahmen des Kitavertrags des Landkreises OHV mit stärkerem Fokus auf die Bedürfnisse der Kinder und Eltern
- Eine enge Kooperation zwischen Schulen und Jugendhilfsangeboten



Kapitel 6:

Zukunftsfähig bauen und investieren

Vor dem Hintergrund der Klimakrise sowie der Verknappung von natürlichen Ressourcen fordern wir als Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, künftige Investitionen auf den Prüfstand der Nachhaltigkeit zu stellen. Wir wollen lokale Kreislaufwirtschaften fördern, um ökologisch und ökonomisch erfolgreich zu sein. Nur so können wir sparsam mit den Ressourcen umgehen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen sowie die Schönheit Oberhavelns erhalten.

Öffentlichen Wohnungsbau fördern – sozial und ökologisch

In der zurückliegenden Wahlperiode hat der Kreis umfangreich in Unterkünfte für Geflüchtete und in den Wohnungsbau investiert. Das ist gut so. Wir setzen uns jedoch für eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Belange im Wohnungsbau und eine bessere Beteiligung der Anlieger*innen und Mieter*innen ein. Ökologische Kriterien wie Energieeffizienz, nachhaltige Baumaterialien und zukunftsfähige Konzeption reduzieren auch langfristige Instandhaltungs- und Umbaukosten und belasten zukünftige Generationen nicht übermäßig. Nachhaltige Wohnkonzepte beinhalten auch integrative Konzepte und tragen zum Wohlbefinden sowie der Gesundheit der Bewohner*innen bei.

Öffentliche Bauprojekte bieten einmalige Chancen, innovative Konzepte zu erproben. Das kann die Integration von Lastenfahrrädern und elektrischem Carsharing ebenso sein, wie Baugemeinschaften, Mehrgenerationenprojekte und das gemeinsame Wohnen von Menschen mit und ohne Behinderung.

Sanierung statt Neubau

Die energetische und ökologische Sanierung öffentlicher Gebäude hat für uns Priorität. Wir setzen uns dafür ein, Mindeststandards wie z.B. KfW 55 für Sanierungen festzulegen und die schrittweise Modernisierung aller öffentlichen Gebäude zu planen. Dazu sollen die Investitionsprogramme des Landes und des Bundes genutzt werden. Hochwertig sanierte Bausubstanz bedeutet Werterhalt und dauerhaft niedrige Betriebskosten – so entlasten wir den Kreishaushalt.

Den sogenannten „Oberhavelstandard“ bei Schulbauten möchten wir konkret definieren und festlegen. Dabei gehört für uns auch der notwendige Breitbandanschluss einer Schule dazu.

Wann immer Neubauten vorgesehen sind, wollen wir zunächst prüfen, ob existierende Gebäude erweitert, saniert oder anderweitig ertüchtigt werden können. Dabei behalten wir insbesondere auch die zunehmende Versiegelung von Flächen im Blick und setzen uns dafür ein, neue Flächenversiegelungen in der jeweiligen Kommune auszugleichen.

Investitionen langfristig betrachten

Wir müssen mit Steuergeldern in die Zukunft investieren! Dabei behalten wir BÜNDNISGRÜNE vor allem die zukünftigen Kosten im Blick. Wir dürfen nicht auf Kosten zukünftiger Generationen wirtschaften, sondern als Kreis ein Vorbild sein. Alle Projekte müssen auch zukünftigen Anforderungen genügen.

Infrastruktur- und Verkehrsinvestitionen nachhaltig gestalten

Die vom Landkreis geplante Übernahme von Landesstraßen wollen wir kritisch begleiten. Umfang und Qualität der in diesem Zusammenhang vorgesehenen Investitionen müssen geprüft und nachvollziehbar sein. Investitionen in sichere und moderne Radverkehrsanlagen werden wir ebenso fördern wie Investitionen in umweltfreundlichere Busse und den ökologischen Umbau des Fuhrparks der Kreisverwaltung.

Divestment – weil Eigentum verpflichtet

Oberhavel trägt mit seinen Investitionen und Ausgaben zur Klimakrise bei. Wir wollen Verantwortung übernehmen und kommunale Geldanlagen und Beteiligungen nicht nur transparenter machen, sondern auch aus umwelt- und klimaschädlichen Aktivitäten aussteigen.

Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:

- Eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Belange beim Wohnungsbau (z.B. mindestens Energiestandard KfW 40 für alle Neubauten)
- Zukunftsfähige Wohnkonzepte, wie z.B. die Integration von Carsharing oder Lastenfahrrädern, Baugemeinschaften, Mehrgenerationenprojekte oder das Zusammenwohnen von Menschen mit und ohne Behinderung
- Die energetische, ökologische Sanierung und modernisierung öffentlicher Gebäude mindestens nach dem KfW 55-Standard
- Investitionen in umweltfreundlichere Busse und eine moderne Radverkehrsinfrastruktur
- Eine Beschränkung der Finanzanlagen des Landkreises auf nachhaltige Aktivitäten (Divestment)



Kapitel 7:

Chancen der Digitalisierung nutzen

Oberhavel profitiert einerseits von der Nähe zur pulsierenden Hauptstadt, steht aber andererseits im ländlichen Raum noch vor Herausforderungen.

In den Bereichen demokratischer Partizipation, medizinischer Versorgung und bürger*innennaher Verwaltung sehen wir große Chancen, die Digitalisierung zum Wohle der Gesellschaft zu nutzen. Wir wollen daher, dass Oberhavel den Gebrauch entsprechender Technologien fördert, behalten jedoch die Risiken im Blick.

Digitale Angebote dürfen nicht ohne Übergangszeit bewährte Angebote ersetzen. Es gilt hier eine Balance zu finden – wir dürfen neuen Trends nicht blind hinterherrennen, müssen aber auch mit der Zeit und der Weiterentwicklung der Technologie gehen.

Uns ist dabei wichtig, dass niemand abgehängt wird, dass wir Risiken erkennen und dafür sorgen, dass im Zuge der Digitalisierung die Errungenschaften einer solidarischen und freiheitlichen Gesellschaft nicht aufgegeben werden.

Freie Daten für freie Bürger*innen

Daten, die unseren Verwaltungen bereits vorliegen und deren Erhebung mit Steuergeldern finanziert wurden, müssen der Allgemeinheit zur Verfügung stehen, sofern dabei der Datenschutz nicht verletzt wird, z.B. bei personenbezogenen Daten. Erfahrungen in anderen Kommunen haben außerdem gezeigt, dass die Veröffentlichung von Daten in Transparenzportalen sogar der Verwaltung selbst hilft, denn auch deren Mitarbeiter*innen können Informationen so leichter finden.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass Oberhavel ein entsprechendes Transparenzportal einrichtet oder bestehende Open Data Portale wie z.B. govdata.de nutzt, sowie Bürger*innen ermöglicht, kostenlos weitere Datensätze anzufordern.

Der Schutz der personenbezogenen Daten ist hierbei unbedingt zu beachten! Wann immer möglich, sollen diese (offenen) Daten in freien Formaten bereitgestellt werden.

Digitalisierung im Landkreis nutzbar machen

Oberhavel hat eine flächenmäßig sehr große Ausdehnung, entsprechend sind die Wege bis zur Kreisverwaltung weit. Wir wollen daher, dass diese Wege immer häufiger nicht mehr notwendig sind, da Antrags- und Genehmigungsverfahren elektronisch abgewickelt werden können. Dafür fordern BÜMDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Masterplan Digitalisierung, in dem einzelne Ausbauschritte festgelegt und mit Terminen versehen werden.

IT-Strategie – nachhaltig und transparent mit freier Software

Software beeinflusst immer tiefergreifendere Aspekte unseres Lebens. Die öffentliche Hand sollte quelloffene Software einsetzen. Nur so ist eine Überprüfbarkeit möglich, außerdem wird die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten reduziert.

Um das zu erreichen, fordern wir, dass die Nutzung kostenpflichtig lizenzierter Lösungen gesondert begründet werden muss.

Gemeinsam mit der Verwaltung wollen wir eine Strategie zum Umstieg auf offene Standards und Open-Source-Software erarbeiten.

Digitale Infrastruktur

Wir BÜNDNISGRÜNE verstehen den digitalen Wandel als eine Chance für uns alle. Dabei ist entscheidend, dass alle in der Lage sind, von den Innovationen und Vorteilen eben dieses Wandels zu profitieren. Dafür ist es notwendig, dass die digitale Infrastruktur bereitgestellt wird, insbesondere auch im ländlichen Raum sowie entlang der Strecken des öffentlichen Nahverkehrs.

Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein, dass der DSL- und Glasfaserausbau zügig vorangeht und bei der Verlegung unbedingt an den Ausbau des zukünftigen 5G-Mobilfunknetzes gedacht wird. Es muss geprüft werden, ob der Ausbau der Infrastruktur durch die Oberhavel-Holding ausgeführt werden kann.

Damit Internetzugänge für alle zur Verfügung stehen, fordern wir ein flächendeckendes, freies und offenes WLAN-Netz in öffentlichen Gebäuden, an öffentlichen Plätzen sowie rund um Bahnhöfe und unterstützen die Freifunk-Initiative.

Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:

- Digitalisierung zum Wohle der Gesellschaft, ohne die Errungenschaften einer freiheitlichen, solidarischen Gesellschaft aufzugeben
- Die frei zugängliche Veröffentlichung kommunaler Daten in einem Transparenzportal
- Die konsequente Einhaltung der Datenschutzverordnungen
- Die Verbesserung der Digitalen Infrastruktur



Kapitel 8: Kultur

Kulturelle Bildung, Kulturgeschichte sowie Kunst- und Kulturvereine stellen aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Selbstwert dar und leisten darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung und Stabilisierung einer vielfältigen Gesellschaft sowie bei der Begleitung von gesellschaftlichen Veränderungen. Das Land Brandenburg ist traditionell ein Kulturland und die Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, den kulturellen Bereich im Land zu stärken und auszubauen. Allerdings trägt unser Landkreis Oberhavel nichts wesentliches zu dieser Entwicklung bei. Das wollen und müssen wir ändern.

Kulturelle Angebote stärker unterstützen

Kultur hat aktuell in unserem Landkreis Oberhavel leider keinen allzu hohen Stellenwert. Dies zeigt insbesondere der Vergleich zum Sport, der wesentlich mehr gefördert wird. So werden z.B. Sporthallen für Vereine vorgehalten, aber kaum Orte zur Kulturausübung, wie z.B. Bürger*innenhäuser. Dies ist ein Missverhältnis, das wir BÜNDNISGRÜNEN korrigieren möchten. Wie im Bereich des Sports, so lebt auch der kulturelle Bereich vor allem von der Eigeninitiative engagierter Bürgerinnen und Bürger, von Vereinen, Initiativen und Projekten. Diese wollen wir in der Zukunft unterstützen und damit auch die Zivilgesellschaft im Landkreis stärken. Deshalb möchten wir eine finanzielle Kulturförderung einrichten, deren Ausgestaltung sich an der aktuellen Sportförderung orientiert.

Kulturförderung sinnvoll konzipieren

Kultur lebt gerade vom Austausch zwischen den kulturellen Akteur*innen und einer aktiven Zusammenarbeit mit den Gemeinden und lokalen Kultureinrichtungen. Dafür wollen wir eine Stelle schaffen, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zu verbessern und den Kontakt zu Landesinstitutionen wie z.B. „Kulturland Brandenburg“ oder „Plattform Kulturelle Bildung“ zu halten, sowie einen Beitrag zur kulturpolitischen Strategie des Landes Brandenburgs aus der Perspektive Oberhavels zu leisten. Hier sehen wir insbesondere Chancen im Bereich des Kulturtourismus, gerade für die ländlichen Regionen Oberhavels. Vor allem aber soll eine solche Stelle Kulturinstitutionen im Landkreis helfen, Förderanträge zu stellen. Gedacht ist dabei an eine aktive Fundraisingunterstützung, die den oftmals damit überforderten kleinen Vereinen und Initiativen die Teilnahme an Projekten und Vorhaben ermöglicht, für die sie allein nicht die Kapazitäten haben. Auch eine Ausstattung mit einem nötigen Eigenbeitrag soll über solch eine Initiativstelle möglich werden. Somit hoffen wir, mit einem relativ kleinen eigenen Mitteleinsatz das Optimum an Kulturförderung in unserem Landkreis realisieren zu helfen und dabei den Gedanken der Subsidiarität zu folgen. Ein weiteres Instrument könnte die Etablierung eines „Runden Tisches Kultur“ sein, eine regelmäßige Zusammenkunft institutioneller Akteur*innen aus Kunst und Kultur mit Politiker*innen und Vertreter*innen der Verwaltung.

Kultur – Gerade für den ländlichen Raum eine Chance

Die Haushaltsaufwendungen im Bereich „Kultur und Wissenschaft“ betragen aktuell lediglich ca. 0,8% am Gesamthaushalt. Diese Aufwendungen fließen zum Großteil in Kreiseinrichtungen, wie Volkshochschulen oder die Kreismusikschule oder die kommunale Musikschule in Hennigsdorf. Diese wichtigen Einrichtungen wollen wir weiter fördern, dürfen aber dabei auch Gegenden außerhalb Oranienburgs nicht vergessen. Deshalb fordern wir eine deutliche Erhöhung des Kulturbudgets und eine stärkere Dezentralisierung der vom Landkreis finanzierten Kulturangebote sowie eine Ausweitung der Unterstützung auf Initiativen, Vereine und Projekte, die sich nicht in Trägerschaft des Landkreises befinden.

Wer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:

- Eine gelebte, aktive und finanziell sinnvoll ausgestattete Kulturförderung
- Eine Pluralität der kulturellen Angebote, die dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet ist und freie Träger ebenso wie Einrichtungen in Trägerschaft des Landkreises in die Förderung einschließt
- Die Erstellung eines Kulturentwicklungskonzeptes
- Eine Stelle zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen kulturellen Akteur*innen und den Kontakt zu Landesinstitutionen
- Die Etablierung eines „Runden Tisches Kultur“ zur Vernetzung der kulturellen Akteur*innen mit Politik und Verwaltung
- Eine deutliche Erhöhung des Haushaltsbudgets für „Kultur und Wissenschaft“
- Die stärkere Dezentralisierung der vom Landkreis finanzierten Kulturangebote, sodass auch die ländlichen Regionen Oberhavel stärker als bisher von den Chancen z.B. des Kulturtourismus profitieren können



Kapitel 9:

Demokratie und Transparenz

Zu gelebter Demokratie gehört mehr als „nur“ wählen zu gehen. Demokratie bedeutet nach unserem Verständnis, dass alle Bürger*innen die Möglichkeit haben, selbst aktiv zu werden und Politik mitzugestalten. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass Prozesse transparent sind, Einfluss genommen werden kann und gewählte Politiker*innen in ihrem Handeln überprüft werden können. Eine starke Demokratie braucht aber auch eine handlungsfähige Verwaltung, die gut für die Zukunft aufgestellt ist.

Unsere Demokratie ist ein über Jahrzehnte hart erarbeitetes Gut, das wir aktiv bewahren und weiterhin entwickeln müssen!

Bürger*innen eine Stimme geben

Wir wollen die Menschen in unserem Landkreis ehrlich und ernsthaft an der Ausgestaltung unserer Gesellschaft beteiligen. Dafür wollen wir ein Regelwerk zur besseren Bürger*innenbeteiligung erarbeiten und dafür sorgen, dass dieses umgesetzt wird und die Instrumente der Beteiligung stetig evaluiert und weiterentwickelt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Beteiligungsplattform „Oberhavel gemeinsam gestalten“ einführen. Auf dieser Plattform sollen alle Bürger*innen ohne große Hürden Projekte einreichen oder unterstützen können. Sobald sich genügend Unterstützer*innen gefunden haben, soll der Kreistag verpflichtet werden, über das Projekt zu entscheiden.

Transparenz schaffen

Damit alle Menschen in Oberhavel sich jederzeit ein vollständiges Bild machen können, wollen wir BÜNDNISGRÜNE die Transparenz in der Kommunalpolitik weiter voranbringen. Unser Ziel ist eine Verwaltung und Politik, die transparent und auf Augenhöhe mit den Bürger*innen zusammenarbeitet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass von Kreistags- und Ausschusssitzungen Videoaufzeichnungen und detaillierte Schriftprotokolle veröffentlicht und Protokolle hinsichtlich des Abstimmverhaltens transparenter werden. Dafür wollen wir das Kreistagsinformationssystem attraktiver gestalten und den Zugang vereinfachen. Zusätzlich muss es allen Bürger*innen, sowie der Presse möglich sein, umfangreiche Einblicke in die Politik vor Ort zu erhalten. Daher fordern wir, dass die vom Kreistag gebildeten Beiräte grundsätzlich öffentlich tagen, wie es in den Ausschüssen bereits üblich ist.

Gute und faire Arbeitsbedingungen in der Verwaltung

Die Mitarbeiter*innen in der Verwaltung des Landkreises sind die wertvolle Basis für gute Arbeit in der Verwaltung.

Um die Leistung auf einem dauerhaft hohen Niveau zu halten, muss der Landkreis hier regelmäßig Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter*innen der Verwaltung anbieten.

Die Wertschätzung von einfachen oder einfach auslagerbaren Tätigkeiten ist leider relativ gering. Wir treten dafür ein, dass der Landkreis auch in diesen Tätigkeitsbereichen vorbildlich wird. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen Tätigkeiten wie Gebäudereinigung nicht länger auslagern, sondern in den „Konzern Landkreis“ zurückholen und so bessere Arbeitsbedingungen erreichen. Dabei besteht auch die Chance zur Schaffung von Stellen auf dem sozialen Arbeitsmarkt für Menschen, die es auf dem ersten Arbeitsmarkt schwer haben.

Bürger*innendienste zukunftsfähig gestalten

Eine Vielzahl von Serviceleistungen können die Bürger*innen des Landkreises in den Bürger*innendiensten abrufen. Nur ein kleiner Teil davon ist bisher online zu nutzen. Das ist nicht mehr zeitgemäß und geht am Bedarf vorbei, denn es gibt viele Menschen, wie Kranke und Pflegebedürftige oder Menschen in den ländlichen Regionen Oberhavel, die die Bürger*innendienste nicht so einfach aufsuchen können.

Außerdem wollen wir, dass der Landkreis Oberhavel an der Bürger*innenhotline 115 teilnimmt, damit seine Dienstleistungen für die Oberhaveler*innen über diese zentrale Behördeneinwahlnummer erreichbar werden.

Mehr Mitspracherechte für Betroffene

Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete, aber z.B. auch Eltern von kleinen Kindern oder Senior*innen wissen selbst am Besten, welche speziellen Anforderungen und Bedürfnisse dieser Gruppen beachtet werden müssen. Daher fordern wir mehr Mitspracherechte für Betroffene – und diese müssen von der Kreisverwaltung ernst genommen und in Planungen frühzeitig mit einbezogen werden. Das bisherige System der Beauftragten in der Kreisverwaltung bringt nicht den gewünschten Erfolg. Daher brauchen wir neue Lösungen, die sicherstellen, dass sich Betroffene wirksam mehr Gehör im Landkreis verschaffen können. Den KiTa Elternbeirat anzuerkennen ist ein erster Schritt. Ihm dürfen keine weiteren Steine mehr in den Weg gelegt werden, er muss bei allen relevanten Themen angehört werden. Die Funktionen der Gleichstellungs-, Behinderten- und Ausländerbeauftragten wollen wir nicht länger in einer Stelle vereinigt, von derselben Person wahrgenommen haben.

Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:

- Eine Beteiligungsplattform, auf der Bürger*innen Projekte einreichen können, über die der Kreistag öffentlich beraten muss
- Eine verbesserte Transparenz in Form von Videoaufzeichnungen von Kreistags- und Ausschusssitzungen, sowie ein verbessertes Kreistagsinformationssystem
- Zukunftsfähige, digitale Bürger*innendienste
- Mehr Mitspracherechte für Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete, aber auch z.B. Eltern von kleinen Kindern oder Senior*innen